

Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“  
Sprecher des Bündnisses: Dirk Stegemann  
Telefon: 0177 / 176 86 33

An die Leiter der Ressorts  
Lokales / Berlin / Überregional  
09. 2010

Berlin, 30.

## **Presseerklärung:**

### **Keine Kriminalisierung von Zivilcourage im Vorfeld des Wilders-Besuches durch die Polizei!**

**Zum erneuten Versuch der Berliner Polizei das Bündnis „Rechtspopulismus stoppen“ im Auflagenbescheid für die angemeldeten Proteste am 03. Oktober gegen die Rechtspopulist\_innen und Rassist\_innen der selbsternannten Bürgerbewegung „Pro Deutschland“ zu kriminalisieren, erklärt das Bündnis:**

**Wenn der Berliner Senat schon nicht die Zivilcourage gegen die Aktivitäten rechtspopulistischer und rassistischer Organisationen am kommenden Wochenende sowie gegen den Besuch des Rassisten Geert Wilders im Rahmen derselben in Berlin zu unterstützen, soll er wenigstens die vom Bündnis „Rechtspopulisten stoppen“ angemeldeten Proteste nicht behindern und kriminalisieren. Bis heute sind noch nicht einmal die in unserem Offenen Brief an den Innensenator bzw. den Senat erhobenen Vorwürfe und Fragen an die Berliner Polizei betreffs der Proteste gegen den Bundesparteitag von „Pro Deutschland“ beantwortet worden. Das betrifft auch die bisher unbewiesenen Behauptungen der Berliner Polizei zu Übergriffen von Demonstrationsteilnehmer\_innen auf Polizeibeamt\_innen oder die im erwähnten Auflagenbescheid für den 03. Oktober unterstellten „körperlichen Angriffe auf Teilnehmer\_innen des Bundesparteitages und massiven akustischen Störungen“. Den von uns eingeforderten Beweis für diese kriminalisierenden Unterstellungen blieben Senat wie auch Polizei bis heute schuldig. Anzeigen gegen Teilnehmer\_innen der Proteste wegen solcher Straftaten sind dem Bündnis nicht bekannt.**

**Statt die Kriminalisierung der ständig von der Politik eingeforderte Zivilcourage gegen Neonazis, Rechtspopulist\_innen und Rassist\_innen zu dulden, zu unterstützen oder für eigene Profilierungsversuche zu nutzen, sollten die Verantwortlichen in der Politik endlich selbst aktiv werden. Angesichts des derzeitigen Rechtsrucks in Europa sowie der in Deutschland offensichtlich zu Tage tretenden und von Rechtspopulist\_innen ausgenutzten und geschürten Ressentiments und Vorurteile gegen ganze Bevölkerungsgruppen u.a. wegen ihrer**

**Herkunft, Religion, dem sozialen Status oder ihrer Lebensweise, ist dies dringend geboten. Es reicht nicht aus, sich hinter einer „Meinungsfreiheits- und Integrationsdebatte“ zu verstecken und einer Auseinandersetzung mit latent vorhandenem Rassismus aus dem Weg zu gehen. Rechtspopulist\_innen mit ähnlichen eigenen Integrationsforderungen und damit verbundenen Sanktionen in vermeintlich abgeschwächter Form gegen so schon benachteiligte bzw. diskriminierte Menschen indirekt Recht zu geben, um entweder eigene Ressentiment zu bedienen oder um ihnen angeblich das Wasser abgraben und Wähler\_innen abjagen zu wollen, ist der falsche Weg. Die Regierungsbildung in den Niederlanden hat bewiesen, dass diese Strategie nicht aufgeht und eher eine Radikalisierung von Rechtspopulist\_innen und Rassist\_innen nach sich zieht, um sich von der Politik weiterhin abzugrenzen.**

**Wir fordern darüber hinaus einen grundsätzlichen Politikwechsel sowie eine damit verbundene tiefgreifende Gesellschaftskritik.**

**Rassismus ist keine Meinung! Widerstand gegen Rassismus ist legitim, wenn nötig auch mit zivilem Ungehorsam! Für ein gleichberechtigtes, diskriminierungsfreies und selbstbestimmtes Zusammenleben aller Menschen auf die Straße gehen! Am 02. Und 03. Oktober in Berlin! Infos unter: <http://rechtspopulismusstoppen.blogspot.de/>**